Ä13 zu L1: Wir bewegen Brandenburg: nachhaltige Mobilität für Alle!

Antragsteller*innen Simon Kohls (KV Potsdam-Mittelmark)

Antragstext

Von Zeile 20 bis 21:

Dass Menschen bereit sind, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, hat uns der Erfolg des 9-Euro-Tickets vor Augen geführt. Aus diesem Grund haben wir vehement ein Nachfolgeticket eingefordert. Bundesverkehrsminister Wissing hat lange versucht, eine Nachfolgeregelung auszusitzen und die Verantwortung von sich gewiesen. Dass das „**Deutschlandticket**“ jetzt kommt, **ist ein Meilenstein auf dem Weg hin zur klimaneutralen Mobilität und lichtet den Tarifdschungel** in der Bundesrepublik. Dennoch ist das 49-Euro-Ticket noch nicht für alle eine passende Lösung. Positiv ist die anvisierte Job-Ticket-Variante für knapp 35€, für die es auch keine Mindestanzahl an Beschäftigten geben soll. Ebenfalls ein guter Schritt ist das Zukauf-Modell für Studierende mit Semestertickets. **Wir Brandenburger Bündnisgrüne setzen uns allerdings dafür ein, dass das Zukauf-Modell für Studierende zu einem bundesweit einheitlichen 29€-Bildungsticket für Studierende, Azubis undSchüler*innen weiterentwickelt wird**. Auch Rentner*innen und Transferleistungsempfänger*innen wollen wir gemeinsam mit Berlin den Preis von 29 Euro anbieten. Für ~~all diese Vorschläge muss Landesverkehrsminister Beermann seinen Widerstand endlich aufgeben~~Schüler*innen mit Transferleistungsbezug forcieren wir die vollständige Kostenübernahme des Deutschlandtickets.
Für all diese Vorschläge muss Landesverkehrsminister Beermann seinen Widerstand endlich aufgeben.

Begründung
Auch die vorgeschlagene Kostenreduzierung des 49-Tickets auf 29€ für Schüler*innen, Student*innen, Auszubildende, Rentner*innen und Transferleistungsempfänger*innen stellt für viele eine große Hürde für gesellschaftliche Partizipation dar. Diese Barriere muss schnellstmöglich reduziert werden - beginnend bei den Vulnerabelsten unserer Gesellschaft. Kostenfreier ÖPNV würde für Schüler*innen mit Armutshintergrund eine Zäsur darstellen und eine erheblich positive Auswirkung auf ihre Lebensqualität haben. In anderen

Bundesländern mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung (bspw. Hamburg) wird diese Forderung bereits umgesetzt werden.